

Flughafen Wien: Verbot der dritten Piste – ein Urteil mit Folgen

Sachliche Kritik an einem Urteil muss erlaubt sein – vor allem, wenn es faktisch massive Nachteile für **Wirtschaft** und Arbeitsplätze bringt und der Umwelt nicht nützt

Das Unverständnis über das Urteil zur dritten Piste ist gewaltig und die Kritik daran massiv: Es kommt nicht oft vor, dass sich weiteste Teile der Gesellschaft bei einem wichtigen Infrastrukturprojekt einig sind – von Anrainern über Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen bis zur Politik (mit Ausnahme freilich einer Partei). Damit sollte auch klar sein, dass das Bundesverwaltungsgericht mit dieser – sachlichen – Welle an Kritik leben muss.

Denn obwohl die Richter selbst ein öffentliches Interesse am Bau der dritten Piste im Hinblick auf Standort, Arbeitsplätze und Sicherheit anerkennen, gewichten sie im Urteilspruch überraschenderweise Flächenverbrauch und vermeintliche Klimaeffekte höher. Vermeintlicher Umweltnutzen deshalb, weil jedem

einleuchtet, dass CO₂-Emissionen, ob sie nun aus Schwechat oder Bratislava kommen, keinen Unterschied für das globale Klima machen. Oder die Emissionen vergrößern sich sogar wegen der Autofahrt nach Bratislava oder den Warteschleifen über Wien.

Und ob das Gelände der dritten Piste tatsächlich für „die Nahrungsmittelversorgung künftiger Generationen“ gebraucht wird, ist ebenfalls mehr als fraglich, wenn anderswo Stilllegungsprämien für Ackerland bezahlt werden.

So unklar der Umweltnutzen des Urteils ist, so klar zeichnen sich die wirtschaftlichen Konsequenzen ab. Alleine durch die dritte Landebahn wären rund 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden – Arbeitsplätze, auf die viele Menschen dringend

warten. Und weniger Investitionen bedeuten weniger Jobs.

Aber die Auswirkungen des Urteils reichen weit über den Flughafen hinaus, indem Unternehmen massiv verunsichert sind, wie eine aktuelle Umfrage der Industriellenvereinigung bestätigt. So sehen vor dem Hintergrund des Pisten-Urteils 90 Prozent der heimischen Leitbetriebe den Standort mittel- bis langfristig



in Gefahr. Bereits jetzt berichten 29 große Unternehmen von konkreten Projekten, die durch den Pisten-Entscheid negativ beeinflusst sind. Die Folge: Der Standort könnte um Investitionen im Ausmaß von über 1,6 Milliarden Euro, die wiederum x-Tausende Arbeitsplätze bedeuten, umfallen.

Verkehrsminister Jörg Leichtfried hat im Februar angekündigt, in den nächsten Jahren 30 Milliarden Euro unter anderem in die Infrastruktur investieren zu wollen. Wenn das Flughafen-Urteil Schule macht, wird es wohl bei der Ankündigung bleiben.

Schließlich: Auch die Industriellenvereinigung kritisiert das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus all diesen inhaltlichen Gründen, exakt so, wie dies auch Umwelt-NGOs bei anderen Gerichtsurteilen tun. „Richter-Bashing“ lehnen wir ab. Denn die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein hohes Gut, auch im Sinne des Wirtschaftsstandortes. Wenn Gerichte aber Entscheidungen treffen, die sich jeglicher rationalen Erklärung entziehen, ist eine lebendige Zivilgesellschaft aufgerufen, die Stimme zu erheben.



Peter Koren

ist Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung und war vormals im Landwirtschafts- und Umweltministerium tätig